

REGIONALSYNODE ENERGIE

der Kirchenkreise

Aachen, Jülich, Gladbach-Neuss, Köln-Nord und Krefeld-Viersen

Einstimmiger Beschluss der »Regionalsynode Energie« am 2. Oktober 2015

1. Die Regionalsynode Energie nimmt den Entwurf der 3. Leitentscheidung der Landesregierung zur Verkleinerung des Tagebaus Garzweiler II als ersten Schritt auf dem Weg in eine Zukunft der Region ohne Abbau der Braunkohle zur Kenntnis.
2. Sie begrüßt diese Entscheidung im Hinblick auf die Zukunft der Menschen, die ihre Heimatdörfer nicht aufgeben müssen und nicht umgesiedelt werden müssen.
3. Die Regionalsynode ist weiterhin in großer Sorge um die Zukunft der Region und mahnt weitergehende Schritte gegen den Klimawandel an. Schon die Klimaziele der Bundesregierung sind nur ohne Verstromung der Braunkohle erreichbar.
4. Die Regionalsynode Energie hört die Stimmen der Menschen aus den Orten Keyenberg, Kuckum, Berverath, Lützerath, die für sich Sicherheit suchen und unabhängig vom Fortgang des Tagebaus umsiedeln wollen. Die von der Landesregierung jetzt vorgesehene Fortführung des Tagebaus Garzweiler II vernichtet aber weiter wertvollen Wohnraum, Ackerflächen und Naturschutzgebiete. Dies hält die Regionalsynode Energie ökologisch und sozial für unverantwortlich.
5. Der Ausstieg aus der besonders klimaschädlichen Braunkohlenverstromung ist jetzt einzuleiten und schnellstmöglich zu vollziehen. Die Regionalsynode erinnert daher ausdrücklich an die Beschlüsse der letzten Regionalsynode Energie vom 13. September 2013. Im Interesse der Lebensqualität der Menschen in Holzweiler ist zumindest sicherzustellen, dass die L 19 als wichtige Verkehrsanbindung erhalten bleibt.
6. Die Zukunft der Region ohne Braunkohleförderung muss heute beginnen. Braunkohle aus dem Tagebau Garzweiler ist durch die Stilllegung der fünf zur Zeit ältesten Kraftwerksblöcke in Frimmersdorf, Neurath und Niederaußem mittlerweile verzichtbar. Dem flexiblen Gaskraftwerk in Weisweiler ist Vorrang zu geben. Der notwendige Strukturwandel für eine Region ohne die Braunkohleförderung muss unmittelbar jetzt aktiv gestaltet werden.
7. Die Entwicklung der Region zu einer Seenlandschaft erscheint der Regionalsynode Energie als nicht realistisch und als Zukunftsperspektive für die Region wenig tragfähig.
8. Vielmehr ist aus Sicht der Regionalsynode Energie ein weitreichender gemeinsamer Beitrag der Landesregierung, der Wissenschaft, der Wirtschaft und der Kommunen für einen Strukturwandel hin zu einer Wissenschaftsregion nötig. Dabei ist der Nutzen der wissenschaftlichen Kompetenz in der Region zu berücksichtigen, die in dieser Weise nicht noch einmal in NRW anzutreffen ist. Die Arbeitskräfte in der Braunkohle sind ein wichtiger Teil der Entwicklungsprojekte von Morgen.
9. Mit Sorge betrachtet die Regionalsynode Energie die wirtschaftliche Situation bei RWE. Sie erwartet, dass die erforderlichen Finanzmittel für Sicherheitskosten und

Ewigkeitslasten im rheinischen Braunkohlerevier durch den Bergbautreibenden anerkannt und nachweislich sichergestellt werden.

10. Als evangelische Kirche sind wir uns der eigenen Verantwortung zur Bewahrung der Schöpfung bewusst. Die Evangelische Kirche im Rheinland hat sich in ihrer Kirchenordnung den Auftrag zu Eigen gemacht, der die ökumenische Bewegung eint: „Christinnen und Christen treten ein für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung.“ Durch geeignete Maßnahmen eines Klimaschutzkonzeptes einschließlich der Nutzung aus regenerativen Energiequellen und durch Energieeffizienz sowie Energiesuffizienz leistet die Evangelische Kirche ihren Beitrag, fossile Energiequellen zu ersetzen.

„Wir glauben, dass die Menschen und die Menschheit nicht ohne Opfer leben können, aber wenn Opfer verordnet werden, haben wir gelernt zu fragen, wozu!“ (Regionalsynode Energie 1989)